

Positionspapier des BUND Friedrichshafen zu Flächen sparen in Industrie und Gewerbe

Die Fläche, die in Baden-Württemberg jährlich zugebaut, betoniert oder geteert wird, umfasst 1.811 Fußballplätze – das sind 3,5 Hektar am Tag [BUND Baden-Württemberg 2016].¹ Der Verlust produktiver Landflächen kann uns nicht egal sein. Beschleunigter Artenschwund und Klimawandel verschärfen die Problematik: Da die Sommermonate in Zukunft immer höhere Temperaturen erreichen, benötigen wir Kühlung durch Bäume, Wälder und andere Grünflächen – in der Stadt und ihrer Umgebung. Forscher der niederländischen Universität Wageningen beziffern die Kühlleistung eines Baumes mit 20 bis 30 Kilowatt. Dies entspricht in etwa zehn Klimaanlage oder gefühlten Temperaturen, die 10 bis 15 Grad tiefer liegen.² Unversiegelte Bodenflächen reduzieren das Überschwemmungsrisiko, denn sie absorbieren bei starken Niederschlägen hohe Mengen Regenwasser.

Schon heute nehmen in Friedrichshafen Industrie und Gewerbe einen großen Teil der bebauten Fläche ein. Viele Betriebe planen Erweiterungen; auch für Wohnungsbau, Tourismus, Verkehr und andere Infrastruktur werden neue Flächen benötigt. Aber unverbaute Natur und produktive Böden sind nicht nur eine ökologische, sondern auch eine wirtschaftliche Ressource, von denen die Stabilität des Tourismus und der Landwirtschaft abhängt. Auch für zahlreiche Industrie- und Gewerbebranchen ist die Lebensqualität einer Stadt ein Standortfaktor, insbesondere, wenn es um die Suche nach qualifizierten Arbeitskräften geht.

Der entscheidende Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit der Industrieplanung und der aktuellen Infrastrukturpolitik wird entscheidend darin liegen, beide Kategorien – Arbeitsplatzausbau und Naturerhalt – integral zu denken, ohne der Öffentlichkeit vorzutäuschen, das eine ginge zwangsläufig nur auf Kosten des anderen. Der steigende Druck auf die Ressource Boden erfordert ein Umdenken auf der ganzen Länge: die längst global geführte Diskussion um flächenminimierende Nutzungskonzepte muss auch in Friedrichshafen Raum gewinnen.

Dabei existieren längst Modelle zur flächensparenden Weiterentwicklung von Industrie und Gewerbe, an denen sich auch die Friedrichshafener Betriebe ein Beispiel nehmen sollten, z.B.:

- Verlagerung von Parkplätzen in mehrgeschossige Garagen,
- Einrichtung von Raummodulen in Werkshallen für Werkstatt, Schulungs- und Tagungsräume,
- Intelligente Nutzung von Brachflächen,
- Konsequente Mehrgeschossigkeit aller Anlagen, z.B. Bau von Büroflächen auf Produktionshallen,
- Gemeinschaftliche Nutzung von Kantinen und Sozialeinrichtungen mit weiteren Anrainern: Nicht jeder muss alles bauen – vieles wird allein dadurch mehr, dass wir es teilen.
- Fläche sparen heißt oft auch Kosten sparen.

Der BUND Friedrichshafen fordert daher die Stadtverwaltung auf, alle Möglichkeiten des Bodenschutzes voll auszuschöpfen und Industrie und Gewerbe bei der Realisierung flächensparender Lösungen zu unterstützen. Dies umfasst zum Beispiel folgende Maßnahmen:

- Keine weiteren Flächen für Industrieerweiterungen zu erschließen, solange Verdichtungsmöglichkeiten auf bestehenden Geländen existieren. Die zunehmende Verdichtung, die im Wohnbau angestrebt wird, muss auch bei Industrie und Gewerbe Anwendung finden.

- Aufstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung durch die Stadtverwaltung: Wir benötigen dringend Klarheit darüber, welche ökologischen und ökonomischen Kosten mit einer Betriebserweiterung oder -ansiedlung für die Öffentlichkeit verbunden sind (z.B. Gewerbesteuer, Kaufkraft, Arbeitsmarktentwicklung, aber auch benötigter Wohnungsbau, Straßenverschleiß durch Verkehrszuwachs usw.)
- Umfassende Beratungsangebote zu flächensparenden Nutzungskonzepten im Bau sowie flankierender Maßnahmen wie Mobilitätsmanagement unter intensiver Zusammenarbeit mit Gewerbebetrieben, die Erweiterungen planen oder sich ansiedeln wollen. Noch wünschenswerter wäre es, die Firmen müssten sich mit flächensparenden Bauentwürfen um freie Gewerbeflächen bei der Stadt bewerben.
- Ausschöpfen aller Anreizmöglichkeiten wie etwa Stellplatzverordnung (z.B. Reduzierung von Stellplatzzahlen, wenn ein Betrieb Zuschüsse für ÖPNV zahlt), Erschließungssatzung (z.B. geringere Erschließungskosten bei flächensparendem Bauen) usw.
- Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Region zur Entwicklung eines „virtuellen Gewerbeflächenpools“, um traditionelle Muster der kommunalen angebotsorientierten Flächenvorhaltung zu überwinden.

Wir sind fest überzeugt, dass sich Lebensqualität und Schicksal unserer Region nicht nur an der Flächengröße ihrer Betriebe und Industriehallen, sondern auch an der Innovationsfähigkeit ihrer Flächennutzung entscheiden. Daher müssen aus unserer Sicht auch grundsätzliche Fragen diskutiert werden: Welche Stadt wollen wir? Welches Wachstum streben wir für Friedrichshafen an? Welche Schlüsse ziehen wir aus den Debatten um Suffizienz und nachhaltige Lebensstile?

Als BUND Friedrichshafen bekräftigen wir unsere Bereitschaft, zur Diskussion dieser Aspekte konstruktiv beizutragen und die Neuaushandlung von Bodenflächen in Friedrichshafen mit wachem Blick und umweltpolitischer Expertise zu begleiten.

Quellen:

¹ <https://www.bund-bawue.de/themen/mensch-umwelt/flaechenschutz/> 24.1.2019

² <https://www.srf.ch/meteo/meteo-news/studie-baeume-kuehlen-wie-zehn-klimaanlagen> 6.2.2019